

SPD-Information

für
Bad Bramstedt

RUND UM DEN ROLAND

Deutschland verdient einen OSKAR!

Wir fahren Sie ins Wahllokal

Wie zu jeder Wahl bieten wir allen älteren und/oder behinderten Mitbürgerinnen und Mitbürgern einen Fahrdienst an. Wenn Sie diesen Dienst annehmen möchten, rufen Sie bitte am Wahltag den SPD-Ortsverein unter der Tel.-Nr. 45 01 an.

Bürgerzeitung der SPD

Nr. 5/90

15. Jahrgang

Unser Bundestagsabgeordneter:

Günther Heyenn — ein Selbstporträt

Als Sohn einer ungelernten Arbeiterin und eines Friseurgehilfen 1936 in Hamburg geboren, von den Kriegseignissen geprägt, wuchs ich als Hamburger Kellerkind auf. Nach einer wenig großartigen Schulkarriere wollte ich im sozialen Bereich arbeiten. So entschloß ich mich zur Ausbildung bei der Landesversicherungsanstalt.

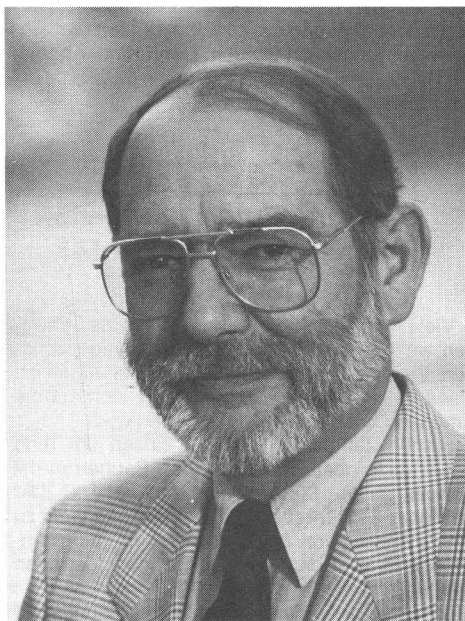
Dort lernte ich an vielen Beispielen, was es für eine Frau bedeutet, ein Leben lang gearbeitet zu haben und trotzdem auf Sozialhilfe angewiesen zu sein. Sozialpolitik bedeutete für mich von Anfang an, Menschen vor Abhängigkeit, Risiken und der Gefährdung der industriellen Entwicklung zu schützen und eine humanere Gesellschaft zu schaffen.

Ich werde oft gefragt, was mich an der Politik reizt. Gerade in der Sozialpolitik wird man mit immer neuen Situationen konfrontiert, die ständig ein anderes Verhalten und Vorgehen verlangen. Seit 1976 im Bundestag habe ich mich ab 1980 im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung der Sozialpolitik gewidmet. Mein Ziel ist es, in diesem Bereich weiter verantwortlich mitwirken zu können.

Die aus meiner Sicht wichtigsten Vorhaben für die kommenden Jahre im Bundestag sind:

1. Soziale Gerechtigkeit: Das sogenannte Gesundheitsreformgesetz muß zurückgenommen werden. Eine Pflegeversicherung sowie eine Grundsicherung im Alter, bei Arbeitslosigkeit und bei Invalidität sind zu schaffen. Im neuen, vereinten Deutschland können wir so das in der DDR bestehende Grundrentensystem zum Nutzen aller weiterentwickeln und ausbauen.

2. Abrüstung: Leider hat das die CDU/CSU-F.D.P.-Regierung noch nicht begriffen. Deshalb tritt die SPD mit Oskar Lafontaine an, die Bundeswehr erheblich zu reduzieren. Als erstes muß unbedingt



auf das Wahnsinnsprojekt Jäger '90 verzichtet werden. Mittelfristig muß die Auflösung von Warschauer Pakt und Nato betrieben werden. An ihre Stelle gehört ein noch zu schaffendes europäisches Sicherheitssystem.

3. Massenarbeitslosigkeit: Neben beschäftigungsfördernden Programmen eignen sich als Schwerpunkte ihrer Bekämpfung vor allem Arbeitszeitverkürzungen und Qualifizierungen. Langzeitarbeitslosen ist eine Qualifizierungsmaßnahme oder ein Arbeitsplatz zu garantieren.

Es gibt also sehr viel zu tun. Die SPD hat für diese Aufgaben die besseren politischen und personellen Alternativen.

Günther Heyenn

~~OSKAR~~

Kurz notiert

Angemessene Staatsverschuldung?

Bad Bramstedt. In diesen Wochen nimmt das Thema Staatsverschuldung eine zentrale Rolle ein.

Sie beträgt derzeit rund 1 Billion DM (ausgeschrieben: 1 000 000 000 000 DM), der Kapitaldienst dafür beträgt rund 100 Milliarden DM im Jahr.

Das bedeutet ohne daß eine Mark investiert werden kann, gibt der Staat an Zinsen aus:

jeden Tag	273 972 603 DM
jede Stunde	11 415 525 DM
jede Minute	190 259 DM
jede Sekunde	3 171 DM

Ist es angesichts dieser Zahlen verwunderlich, daß die SPD diese Rekordverschuldung für falsch hält und nach soliden Maßnahmen zur Finanzierung der deutschen Einheit verlangt. Währenddessen will die CDU fast alles mit Verschuldung und dem Vertrauen auf weiteres Wirtschaftswachstum lösen.

Wie soll das funktionieren, wo wir nach acht Jahren wirtschaftlichen Wachstums auch ohne die Kosten der deutschen Einheit unter dieser CDU-Regierung schon auf einem nie gekannten Schuldenberg sitzen?

Offensichtlich hat man nicht den Mut, den Bürgern die Wahrheit zu sagen, die eigentlich doch jeder kennt oder vermutet: Der Zahltag kommt bestimmt.

Immer mehr Verschuldung bedeutet nur, die Probleme zu verlagern und den Zahltag auf die Kinder und Enkel zu verschieben.

Kaufhaus geht in Planung

Bad Bramstedt. Nach langer Diskussion in den städtischen Gremien hat die Mehrheit aus SPD, F.D.P. und GRÜNEN beschlossen, die planerischen Voraussetzungen für die Ansiedlung eines Warenhauses zu schaffen. Die Ampelkoalition hofft, damit den Wünschen der Verbraucher entgegenzukommen und die Anziehungskraft Bad Bramstedts als Einkaufsstadt zu stärken.

Die CDU stimmte dagegen, obwohl sie vorgeblich ihre Entscheidung vom Ergebnis der zuvor durchgeführten Bürgeranhörung abhängig machen wollte. Dieses Hearing verlief aber eindeutig zugunsten des Warenhauses, so daß der Eindruck übrig bleibt: Hier wurde wegen einiger Parteimitglieder und nicht wegen der Interessen vieler Bürger so entschieden.

KOMMENTAR

von
Gerd Walter, MdEP



Europäischer Auftrag an die Deutschen

Zum ersten Mal seit mehr als 50 Jahren ist Demokratie überall in Deutschland Wirklichkeit. Zum ersten Mal seit 40 Jahren in einem Staat. Gleichzeitig steht die Tür für eine gemeinsame friedliche Zukunft aller Europäer sperrangelweit offen. Der 3. Oktober 1990 ist europäischer Auftrag an die Deutschen:

- Kein Überschwang nationaler Gefühle darf zu einem Wiederaufleben eines deutschen Nationalismus führen, der die Interessen und Sorgen unserer europäischen Nachbarn ignorieren will. Unsere Zukunft in Europa können wir nur gemeinsam mit unseren Nachbarn bauen — nicht ohne sie und schon gar nicht gegen sie.

- An die Stelle von Mauer und Stacheldraht dürfen nicht neue Gräben der Armut treten: Der notwendige Ausgleich zwischen Mittel- und Südeuropa war ein Grundpfeiler der Gründung der EG vor 30 Jahren — heute ist der Ausgleich des wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Gefälles zwischen Ost- und Westeuropa Grundbaustein für eine friedliche Zukunft in Gesamteuropa.

- Und die Bewältigung der Lasten aus der deutschen Einigung darf nicht auf Kosten des europäischen Einigungsprozesses gehen. Die Vervollendung des EG-Binnenmarkts und die Schaffung der (West-) Europäischen Union bleiben Grundvoraussetzung für den Bau des (Gesamt-) Europäischen Hauses.

Die deutsche und die europäische Einigung sind zwei Seiten derselben Medaille. Nicht Anlaß für selbstgefällige Nabelschau sollte der 3. Oktober 1990 sein. Sondern Startschuß für den Aufbau eines gemeinsamen demokratischen, sozialen und ökologischen Europa!

Gerd Walter, MdEP

Einladung
Wahlparty
am 2. Dezember 1990,
ab 19.00 Uhr
im
„Kaisersaal“

Impressum:

Herausgeber: SPD-Ortsverein Bad Bramstedt
Druck: Global-Druck Bad Bramstedt
Verantw. im Sinne des Pressegesetzes: Bodo Clausen, Stettiner Weg 30, Bad Bramstedt

Leben in sozialer Sicherheit

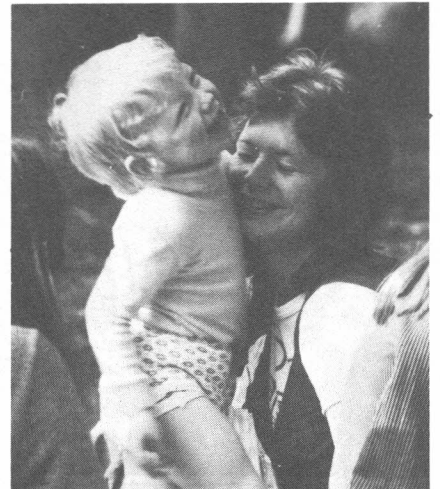
Die Kohl-Regierung hat sich von den Alltagsproblemen der Menschen immer mehr entfernt. Während Kohl den außenpolitischen Glanz sucht, suchen hier immer mehr Menschen bezahlbare Wohnungen, wird die finanzielle Situation von Familien mit Kindern immer schwieriger. Das SPD-Regierungsprogramm setzt hier deutliche Akzente.

Neue Sozialwohnungen und verstärkter Mieterschutz: Wir werden den von der Kohl-Regierung ausgetrockneten, sozialen Wohnungsbau wieder beleben. Wir brauchen auf absehbare Zeit allein in Westdeutschland jährlich mindestens 350 000 neue Wohnungen, darunter 100 000 bis 120 000 echte Sozialwohnungen.

Im Unterschied zur Kohl-Regierung wollen wir die Sozialwohnungen mit langfristigen Mietpreis- und Belegungsbindungen ausstatten. Im geeinten Deutschland muß es ein soziales Mietrecht geben.

Familien fördern: An die Stelle der sozial ungerechten Kinderfreibeträge wird die SPD ein einheitliches Kindergeld von mindestens 200,- DM monatlich für jedes Kind setzen. Zur Finanzierung wird das Ehegattensplitting, das nur die Ehe, nicht aber die Familie fördert, umgestaltet. Es kann nicht angehen, daß der Staat für die Eheförderung mittels Ehegattensplitting mehr aufwendet als für die Familienförderung mittels Kindergeld. Bis zu einem Jahresbruttoeinkommen von 100 000,- DM verbessert sich nach dem SPD-Konzept eine Arbeitnehmerfamilie mit zwei Kindern um etwa 1500,- DM.

Rechtsanspruch auf Kindergartenbetreuung: Der bestehende Mangel an Kinderhorten, Kinderkrippen, Tagesmüttern, Kindertagesstätten und Ganztagschulen soll schrittweise beseitigt werden. Als erstes soll ein Rechtsanspruch auf Kindergartenbetreuung gesetzlich verankert und stufenweise umgesetzt werden. Denn Kinder haben ein Recht auf Spielgefährten, Frauen das Recht auf einen Beruf.



Soziale Sicherheit für ältere Menschen: Auch die Lebenssituation älterer Menschen muß entscheidend verbessert werden. Unser Regierungsprogramm sieht eine neue „gesetzliche Pflegeversicherung“ vor, die die Betroffenen und Angehörigen entlastet: Pflegebedürftige Menschen sollen je nach Grad der Pflegebedürftigkeit Leistungen von 300,- bis 600,- DM monatlich erhalten. Zugleich soll für die Urlaubszeit der Pflegeperson eine Ersatzkraft finanziert werden. Wir wollen eine soziale Grundsicherung bei Alter und Invalidität einführen. Der sogenannten Gesundheitsreform von Blum werden wir die „Giftzähne“ ziehen.

Zinsen explodieren — Hausbesitzer und Mieter müssen zahlen

Viele Hausbesitzer kommen derzeit ins Schwitzen, weil sie immer höhere Zinslasten tragen müssen. Viele Mieter bekommen Mieterhöhungen ins Haus geschickt, weil der Vermieter sich auf die Erhöhung der Finanzierungskosten beruft.

Binnen Jahresfrist sind die Zinsen um rund 2 %-Punkte gestiegen. Für einen Bauherren mit Hypotheken von 300 000,- DM sind dies 500,- DM im Monat. Es steht zu befürchten, daß es wieder zu einem Anstieg von Zwangsversteigerungen kommen wird, weil die Lasten nicht mehr getragen werden können.

Ursache ist die Tatsache, daß diese Bundesregierung die Kosten der deutschen Einheit fast nur über Verschuldung finanzieren will. Dadurch wird das Geld am Kapitalmarkt knapper und den Gesetzen der Marktwirtschaft folgend steigen bei knappen Gütern die Preise.

Doch nicht nur die Bauherren trifft es — ebenso die Mieter, denn in vielen Mietverträgen ist eine Klausel enthalten, die es erlaubt höhere Zinsen auf die Mieten umzulegen.

Die Mieter trifft es auch gleich doppelt. Denn einhergehend mit dem Zinsanstieg stellen viele Bauherren von Mietwohnungen ihre Absichten zum Bau neuer Wohnungen zurück, da die Anlage des Geldes lukrativer erscheint. Dadurch bleiben das Wohnungsangebot knapp und die Mieten hoch.

Die Bundesregierung versucht mit immer neuen Zahlen von steigenden Baugenehmigungen die Bevölkerung zu beruhigen — dabei weiß jeder Eingeweihte, daß viele Baugenehmigungen gar nicht realisiert oder zunächst zurückgestellt werden, weil sich die Investitionen aufgrund der hohen Kreditzinsen nicht rechnen.

So kann man mit Fug und Recht behaupten, daß die Finanzpolitik Kohl-Waigel auf dem Rücken der Hausbesitzer und Mieter ausgetragen wird.

Mit spitzer Feder

Aufhören, wenn's am schönsten ist, so lautet ein treffendes Sprichwort und man möchte es gern Helmut Kohl und seiner Regierung zurufen.

Helmut, der Glückliche, hat es doch wirklich gut getroffen: Nachdem die siebziger Jahre von Ölpreiskrisen und nachfolgenden ökonomischen Krisen, von harten Ost-West-Konflikten, von Studentenunruhen und Terrorismus geprägt waren, traf er es wirklich gut. Das Öl wurde billig, es war wieder Geld für Investitionen da, die Wirtschaft blühte auf. Die Terroristen verschwanden in ihren Schlupflöchern oder den Gefängnissen. Die Studenten kommen heute im Boss-Anzug statt im Parka zur Vorlesung. In Moskau kam ein Gorbatschow an die Macht, der dem kalten Krieg ein Ende setzte und dem deutschen Volk die Einheit schenkte.

Soviel Glück auf einmal hatte bislang wohl nur der einfältige Hans in Grimms Märchen.

Doch bevor unser Helmut in die Versuchung kommt die Gans gegen irgendwelchen Tand einzutauschen, wie der Hans im Märchen, sollte er die Stunde nutzen und aufhören, wo es jetzt am schönsten ist.

Sieht er denn die Zeichen nicht: Am Golf sind dunkle Wolken am Himmel, der Ölpreis ist schon kräftig gestiegen. Die deutsche Einheit und die Notwendigkeit, die Gürtel enger zu schnallen, wird zu schärferen sozialen Konflikten führen.

Da ist es doch an der Zeit im Glanze des eigenen — aber nicht selbst gemachten — Ruhmes abzutreten und als glücklicher Kanzler in die Annalen einzugehen. Wenn's schwierig wird sind doch die angeblich so harten Oppositionsbänke die weichen, wie wir uns gut aus den 70er Jahren erinnern können.

Also, lieber Helmut, höre auf, wo es jetzt am schönsten ist.

Das sagen wir zu

Oskar

Das sagen wir zu

Johannes Mario Simmel:

„Wir haben die entscheidenden Jahre erreicht. Unsere Erde steht vor dem ökologischen Kollaps. Oskar Lafontaine fordert die ökologische Marktwirtschaft — Grundvoraussetzung bei dem Versuch, diese Welt zu retten. Er und seine Politik verkörpern das Prinzip Hoffnung. Für uns alle.“

Götz George:

„Oskar Lafontaine als Kanzler — er wird die Probleme nicht aussitzen, sondern mit Zivilcourage und der für ihn charakteristischen Energie die schwierigen Fragen, die sich für Deutschland — aber auch für Europa — stellen, angehen.“

Margarethe von Trotta:

„Jener allzu einfache Konsens, den andere Politiker suchen, ist Oskar Lafontaine langweilig. Auseinandersetzung als Lebenselixier. Seine rhetorische Begabung braucht die Widerrede, um sich ganz zu entfalten.“

Prof. Philip Rosenthal:

„Oskar Lafontaine scheint mir die Sicht zu haben für Zukunftsziele und die Kraft, sie durchzusetzen. La Fontaine heißt »Die Quelle«. Sprudel weiter, Oskar.“

Felix Magath:

„Jemand, der wie Oskar Lafontaine Spaß am Spiel hat, weiß, daß das Leben zu vielseitig ist, als daß er es allein aus der Sicht des Politikers sehen dürfte. Diese Einstellung ist es, auch der heraus er die bessere Politik macht. — Seine Qualitäten als Fußballspieler? Er ist gefürchtet im Angriff, allerdings auch bei seinen Mitspielern.“

Helmut Fischer:

„Oskar Lafontaine? — Ein Mann mit Courage, der bewiesen hat, daß er Entwicklungen früher erkennt als andere Politiker. Mit ihm wird endlich frischer Wind ins Kanzleramt einziehen.“

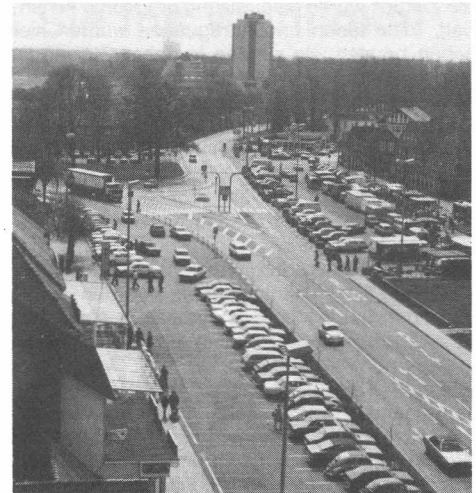
Ute Lemper:

„Oskar ist eine Art Lebenskünstler. Künstler wohl deshalb, weil er hochsensibel, leidenschaftlich und völlig unkonventionell auf seine Lebensinhalte eingeht. Mag sein, daß er Außenseiter ist. Für mich ist er ein »Insider« und somit an der Quelle des Zeitgeistes, der Allgemeinheit immer etwas voraus.“

Bleeck-Umgestaltung soll beginnen

Bad Bramstedt. In der letzten Sitzung des Planungsausschusses wurde einstimmig der Beginn der Neugestaltung des Bleecks (zunächst Ostseite) beschlossen. In diesem Punkt herrschte über die Parteilinien hinweg Einigkeit.

Der stellvertretende Ausschußvorsitzende und SPD-Fraktionsvorsitzende, Bodo Clausen, begrüßte ausdrücklich diesen ersten Schritt. Er sprach sich für eine zügige Umsetzung des Beschlusses aus, um endlich die Blechlafne zu reduzieren und den Bleeck wieder als (Markt-) Platz zu gestalten.



Situation der Kindergärten bleibt Thema

Bad Bramstedt. Die Versorgung mit Kindergartenplätzen bleibt für die Sozialdemokraten ein brennendes Thema. Obwohl mit der Einrichtung einer Kinderspielgruppe im Gemeindehaus an der Holsatenallee eine gewisse Entspannung in 1990 erreicht werden konnte, gilt es, eine auch auf lange Sicht ausreichende Versorgung sicherzustellen. Die SPD orientiert sich dabei an ihren Aussagen zur Kommunalwahl, in denen sie auch Einrichtungen wie Kinderkrippe und -hort forderte.

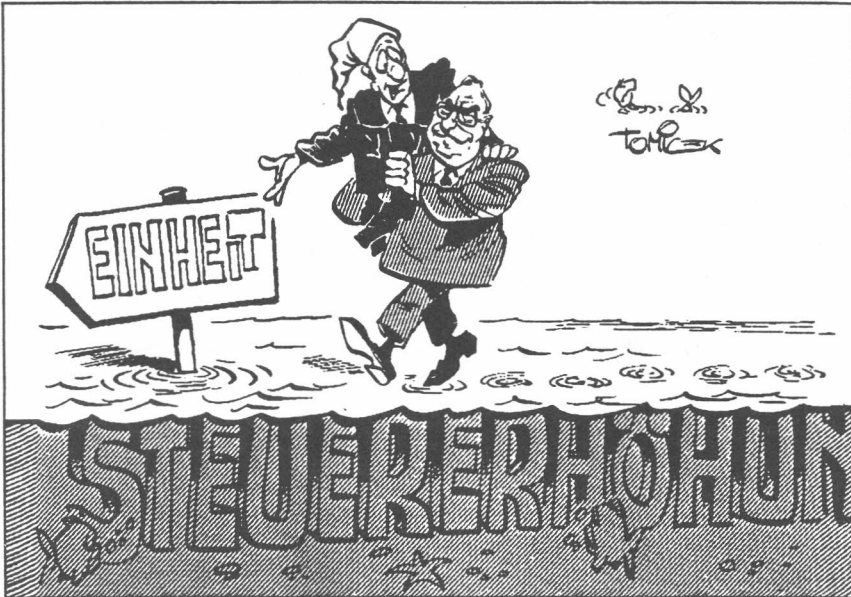
Die Federführung hat in dieser Frage die stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Gudrun Kockmann-Schadendorf, übernommen. Derzeit wird versucht, für 1991 und die Folgejahre gesichertes Zahlenmaterial zusammenzutragen, um die Planungen auf ein solides Fundament zu stellen.

Frau Kockmann-Schadendorf: „Die Umsetzung der Absichten wird erhebliche Folgekosten nach sich ziehen, so daß es sowohl von der Bedarfsplanung als auch der Finanzierung großer Sorgfalt bedarf, um die angespannte finanzielle Situation der Stadt nicht überzustrapazieren.“

Sprücheklopper

„Die Steuerpolitik der SPD steht nach wie vor für höhere Steuern und Abgaben, höhere Preise, Beeinträchtigung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe, Behinderung des Wirtschaftsaufschwungs, Arbeitslosigkeit und weniger Lebensqualität für unsere Bürger.“

Ingrid Roitzsch, „Finanzexpertin“ und CDU-MdB, vergaß in ihrer differenzierten Darstellung u. a. die Verantwortung sozialdemokratischer Steuerpolitik für die Krise im Nahen Osten, die Klimakatastrophe und das schwache Abschneiden der bundesdeutschen Mannschaft bei den Leichtathletik-Europameisterschaften. Pinneberger Tageblatt, 24.8.1990.



Bodenpolitik der CDU lähmt Investitionen in Mitteldeutschland

Die fünf neuen Bundesländer benötigen dringend neue Investitionen und Eigeninitiative der dortigen Betriebe. Doch tatsächlich tut sich wenig.

Ursache ist die völlig falsche Bodenpolitik, die im Einigungsvertrag festgeschrieben wurde. Die geplante Rückgabe des ehemaligen Besitzes führt dazu, daß kaum jemand Grund und Boden erwerben kann, weil die Eigentumsverhältnisse ungeklärt sind.

Um keinen Zweifel aufkommen zu lassen: Die Enteignungen des DDR-Staates waren Unrecht und die betroffenen Bürger haben Anspruch auf Wiedergutmachung, sprich Entschädigung. Aber einmal geschehenes Unrecht kann nicht durch neues Unrecht wieder gutgemacht werden.

Und neues Unrecht ist es sicherlich, wenn der mittelständische Betrieb, der in der DDR in „eigenen“ Räumen jahrelang gearbeitet hat, nun auf einmal seine Betriebsstätte verlieren soll, weil ihm völlig unbekannte Erben der ehemaligen Besitzer auftauchen. Er wird selbstverständlich darauf verzichten, seinen Betrieb zu erweitern, bis Klarheit besteht. Ebenso werden viele andere Selbständige nicht investieren, weil sie nicht wissen, ob sie morgen noch dort ihre Geschäfte betreiben können, wo sie heute sind.

Und daß dies nicht nur Gerede ist, wird jeder bestätigen können, der mit offenen Augen und Ohren in der ehemaligen DDR unterwegs ist.

Wortgewaltig beschwört die CDU die notwendigen Investitionen in den neuen Bundesländern,

während sie mit ihrer völlig überzogenen Eigentumsphilosophie für die derzeitige Lähmung gesorgt hat.

Die SPD hat mit ihrer entschiedenen Haltung zum Einigungsvertrag wenigstens noch eine Nachbesserung für Grundstücke im Volkseigentum, die für betriebliche Investitionen gebraucht werden, erreichen können. Für diese Grundstücke wurde gegen den anfänglichen Widerstand der CDU, die Beschränkung auf den Entschädigungsanspruch durchgesetzt.

Aber dies ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein: Experten meinen, daß die Eigentumsstreitigkeiten noch ein Jahrzehnt dauern werden.

Die „DDR“-Bürger müssen nun also nach den Folgen der Ideologie des Volkseigentums auch noch die Folgen einer überzogenen Eigentumsideologie über sich ergehen lassen — zu ihrem Leidwesen.

Die CDU hat einmal mehr die Sozialverpflichtung des Eigentums beiseite gefegt, die im Grundgesetz festgeschrieben ist.

Die SPD HANDELT in Sachen Umwelt

Gegen den Willen der langjährigen Mehrheitspartei CDU konnte die SPD mit den Partnern der Ampelkoalition in Bad Bramstedt seit März diesen Jahres den Umweltausschuß einrichten. Die CDU hat mit dieser ablehnenden Haltung bewiesen, daß Umweltpolitik für sie bestenfalls eine Nebensache ist. Sie hat nicht erkannt, daß nur ein radikales Umdenken in der Umweltpolitik unser aller Überleben sichert.

Ist die CDU in Kommunen, Ländern und im Bund noch Lichtjahre von wirklichen ökologischen Konzepten entfernt, so setzt die SPD auf allen Ebenen ihre zukunftsweisenden Ideen in erfolgreiches Handeln um:

Der Umweltausschuß der Stadt Bad Bramstedt, Vorsitzender Bernd Poepping (SPD), gehört zu den Ausschüssen, die am häufigsten tagen. Für die Zukunft wurde eine Sitzung pro Monat vereinbart. Viele Ideen und Anregungen wurden hier schon beraten, sie werden in naher Zukunft zu Handlungen führen, von denen später zu berichten sein wird. Aber der Ausschuß kann bereits **konkrete Maßnahmen vorweisen**: 1. Es wurde eine Untersuchung städtischer Gebäude wegen eventueller Asbestbelastung in Auftrag gegeben. 2. Eine Fassadenbegrünung öffentlicher Gebäude wurde diskutiert (hierzu soll zu Beginn des nächsten Jahres eine Informationsveranstaltung für alle Einwohner unserer Stadt durchgeführt werden). 3. Der Ausschuß hat sich besonders für den Erhalt gesunder Bäume in Bad Bramstedt eingesetzt (z. B. Grundstück Rotbuche) und wird das in Zukunft noch vehementer tun, z. B. werden wir prüfen, wie die Versiegelung vieler Bäume wirksam geändert werden kann. 4. Die Verwendung von Mitteln zur Glättebekämpfung auf Straßen und Wegen wird neu überdacht und 5. hat der Ausschuß beschlossen, daß zukünftig bei Veranstaltungen der Stadt auf Einweggeschirr verzichtet werden soll.

Die **Landesregierung Schleswig-Holstein** unter dem Ministerpräsidenten Björn Engholm (SPD) tritt ebenso konsequent für die Umwelt ein. Seine Regierung hat das Wohl des Landes und seiner Menschen im Auge und nicht bloßen Machterhalt. Im Bereich der Umweltpolitik wurde auch hier bereits **gehandelt**:

- Schaffung des Umweltministeriums;
- Rettung von Nord- und Ostsee durch ein Sofortprogramm zur Phosphateliminierung bei den größten Klärwerken Schleswig-Holsteins (u. a. auch Bad Bramstedt);
- Erstellung eines Abfallwirtschaftskonzeptes: Müll Vermeiden — Vermindern — Verwerten;
- Erlass der ökologisch anspruchsvollen Gülleverordnung in der EG,
- Verbot der Jagd im Wattenmeer;
- Ausweisung neuer Naturschutzgebiete;
- Auflegung eines Programmes für die Neuwaldbesiedlung ... usw., usf.

Das ist Umweltpolitik mit praktischen Folgen, für die Schleswig-Holstein bundesweit Beachtung findet.

Damit sich diese konsequente ökologische Politik auch **im Bund** durchsetzt, muß am 2. Dezember **OSKAR LAFONTAINE** zum **Bundeskanzler** gewählt werden. Keine andere Partei, schon gar nicht die CDU hat gegenwärtig ein solches, am

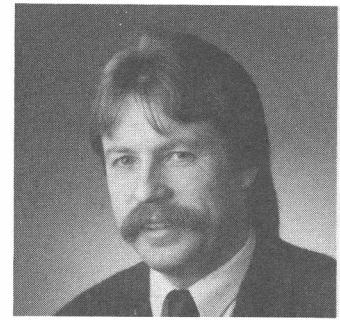
praktischen **Handeln** orientiertes Programm anzubieten. Fragen Sie, liebe Wählerinnen und Wähler, die Kandidaten anderer Parteien nach ihrem zukünftigen ökologischen Konzept. Die Eckpunkte des SPD-Regierungsprogrammes sollen im folgenden kurz vorgestellt werden:

Ökologische Energiebesteuerung: Es kommt darauf an, weniger Energie zu verbrauchen. Wer Energie verschwendet, soll dafür bezahlen, wer Energie einspart, soll belohnt werden. Die Kfz-Steuer soll abgeschafft werden, Mineralölprodukte müssen höher besteuert werden.

Umweltabgaben: Es sollen Abgaben auf Einweggetränkepackungen, Sondermüll, Luftschadstoffe, Abwasser erhoben werden. Das Aufkommen aus diesen Abgaben wird in den Umweltschutz investiert.

Umweltordnungsrecht: Gefährliche Stoffe, wie z. B. FCKWs sind zu verbieten. Das Umweltverträglichkeitsgesetz muß wirksamer gestaltet werden. Der Verbraucherschutz muß verbessert werden, durch beispielsweise eine verbesserte Kennzeichnungspflicht bei Lebensmitteln. Wir wollen gesunde Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände.

Neue Landwirtschaftspolitik: Zur Zeit zwingt eine unsinnige Agrarpolitik die Landwirtschaft durch Einsatz chemischer Mittel Überschüsse zu produzieren. Die dadurch bedingte Überbeanspruchung des Bodens und die Verunreinigung des Grundwassers wollen wir nicht länger, sondern vielmehr einen den Bedürfnissen angepaßten Ackerbau und eine naturnahe Tierhaltung. Damit



Bernd Poepping

die Landwirtschaft sich an diese Ziele anpassen kann, braucht sie Hilfe, besonders die Landwirte in den neuen Ländern.

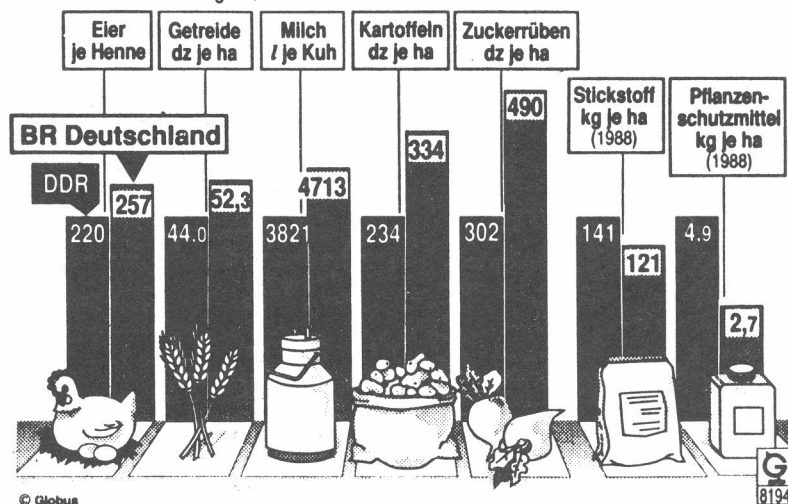
Neue Verkehrspolitik: Die bisherige Verkehrspolitik muß in Kürze zu einem Verkehrsinfarkt führen, zudem werden die damit verbundenen Umweltschäden immer größer. In Zukunft muß verstärkt das Schienennetz ausgebaut und modernisiert werden. Der öffentliche Personennahverkehr muß reorganisiert werden und an Attraktivität gewinnen. Der innerdeutsche Flugverkehr muß reduziert werden und möglichst auf die Schiene verlagert werden. Auf unseren Straßen muß ein einheitliches Tempolimit eingeführt werden. Neuwagen ohne Katalysator darf es ab 1992 nicht mehr geben.

Gerade die Umweltprobleme können sich nicht durch „Aussitzen“ gelöst werden. Hier hat die **Regierung Kohl** bisher **klar versagt**, und das in dem Bereich, der unsere **natürlichen Lebensgrundlagen** sichern soll. Gefragt ist **eine Politik**, die **handelt** und die auch den Mut aufbringt, sich notfalls mit mächtigen Gruppen in unserer Gesellschaft anzulegen.

JETZT MUSS OSKAR LAFONTAINE RAN!!!

Landwirtschaft auf deutschem Boden

Erträge bzw. Aufwand im Durchschnitt der Jahre 1983/1988



Klinikplanungen machen Fortschritte

Bad Bramstedt. Die Ansiedlung der neuen Klinik am Birkenweg schreitet in der Bauleitplanung zügig voran. Der Entwurf des Bebauungsplanes fand die Billigung des zuständigen Ausschusses und soll den Bürgern vorgestellt werden, sobald die Bauherren der Klinik erste Skizzen für die geplanten Gebäude vorlegen.

Bei weiterhin zügiger Planung kann mit einem Baubeginn im Herbst 1991 gerechnet werden und einer Bauzeit von ca. 1 1/2 Jahren.

Da mit diesem Bau die verfügbaren Flächen für Kur- und Klinikbetriebe weitgehend erschöpft sind, setzt sich die SPD dafür ein, neue Flächen (z. B. Hamwinzel) in die Planung zu nehmen. Falls weitere Ansiedlungswünsche auf die Stadt zukommen, ist sie dann gut gerüstet.

Seniorenbeirat

Bad Bramstedt. In einer zweiten öffentlichen Veranstaltung setzte sich die SPD für die Einrichtung eines Seniorenbeirates in der Stadt ein.

Die Resonanz war gegenüber der Veranstaltung im Frühjahr nicht wesentlich größer, obwohl die SPD mit dem stellv. Vorsitzenden des Landes seniorenrates einen sehr kompetenten Gesprächspartner präsentierte.

Im Ergebnis sprachen sich die Teilnehmer dafür aus, daß die Stadt die Initiative übernehmen möge, um den überparteilichen Charakter des Seniorenrates deutlicher zu machen.

Die SPD wird daher mit den anderen Partnern der Ampelkoalition einen entsprechenden Antrag in die Stadtverordnetenversammlung einbringen.

Hausmann — was für ein Minister!?

Hamburg. Jüngst gab unser Bundeswirtschaftsminister in einer Fernsehdiskussion ein Beispiel dafür, wie er sich die privatwirtschaftliche Finanzierung der deutschen Einheit vorstelle: Privatinvestoren sollten Autobahnen bauen und der Staat solle diese dann pachten.

Man glaubte seinen Ohren kaum. Meint Herr Hausmann (F.D.P.) wirklich, daß diese Pacht geringer ist als Zins und Tilgung, wenn der Staat selbst baut. Die Privaten möchten doch sicher noch etwas über ihren Kapitaldienst hinaus verdienen — oder etwa nicht?

Aber vielleicht macht es sich ja einfach besser, wenn man Pacht zu einer laufenden staatlichen Verpflichtung sagen kann und so eine immer höhere Verschuldung verschleiern kann.